

ihren Lebensstil finanzieren. Sie machen das im Rotlichtmilieu. Dort werden Frauen geschlagen, vergewaltigt und unterdrückt. Alles das sind elementare Punkte, die angegangen werden müssen.

Besonders ärgert mich, dass – das betonen auch die LKA-Experten – für die Gestalten dieses Milieus zum Beispiel in Berlin von der Polizei Experten abkommandiert werden,

(Zurufe von der SPD: Redezeit!)

während in Nordrhein-Westfalen häufig Kolleginnen und Kollegen aus dem Bereitschaftsdienst dafür eingesetzt werden. Das heißt, dass hier junge Kolleginnen und Kollegen der Polizei in oft sehr riskante und gefährliche Manöver geschickt werden. Das wollte ich noch einmal klarstellen. – Danke schön.

(Beifall von der FDP)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Lürbke. – Nun kommen wir zur Abstimmung. Von 12:28 bis 12:30 Uhr stimmen wir über den Einzelplan 03 in zweiter Lesung ab.

(Hans-Willi Körfges [SPD]: Klasse Einzelplan!)

Wer im Hohen Hause stimmt der Beschlussempfehlung Drucksache 16/2103 und damit dem Einzelplan 03 in zweiter Lesung zu? – Das sind die Fraktionen von SPD und Grünen. Wer stimmt dagegen? – Die Fraktionen von CDU,

(Jochen Ott [SPD]: Ein paar von der CDU! Fragmente der CDU!)

FDP und Piraten. Wer im Hohen Hause enthält sich? – Es gibt keine Enthaltungen. Damit ist die **Beschlussempfehlung Drucksache 16/2103 angenommen** und der **Einzelplan 03** in zweiter Lesung mit Mehrheit **verabschiedet**.

Nun rufe ich auf:

Einzelplan 05 Ministerium für Schule und Weiterbildung

In Verbindung mit:

Schulministerin Löhrmann muss umgehend handeln, um die nicht hinnehmbare Situation der Schulen bei der Organisation von pädagogisch sinnvollen Klassenfahrten zu beseitigen!

Antrag
der Fraktion der CDU
Drucksache 16/2036

Ich darf noch auf die Beschlussempfehlung und den Bericht des Haushalts- und Finanzausschusses Drucksache 16/2105 sowie den Änderungsantrag

der Fraktion der CDU Drucksache 16/2209 hinweisen.

Ich eröffne die Beratung und erteile für die CDU-Fraktion Frau Kollegin Vogt das Wort.

Petra Vogt (CDU): Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Wieder einmal stehen die Haushaltsberatungen im politischen Jahr an. Wieder einmal offenbaren die Zahlen der Ministerin nichts Gutes für unser Bundesland.

(Sigrid Beer [GRÜNE]: Ach, du meine Güte!)

Die Verabschiedung des Einzelplans 05 für das Jahr 2012 liegt erst wenige Wochen zurück. Beim Blick in den Haushalt 2013 ist man versucht, die alte Haushaltsrede hervorzuholen und noch einmal zu halten, da sich keine wesentlichen Veränderungen ergeben haben. Konnte man den mangelnden Gestaltungswillen im Jahr 2012 vielleicht noch ansatzweise mit der Landtagswahl erklären, so erschließt er sich für diesen Haushalt gar nicht mehr.

(Sigrid Beer [GRÜNE]: Mir erschließt sich die Rede nicht!)

Wann wollen Sie beginnen aufzuzeigen, Frau Ministerin Löhrmann, welchen Beitrag Ihr Ressort zur Konsolidierung der desaströsen Landesfinanzen leisten kann und vor allem muss? Wann werden Sie endlich beginnen, bildungspolitische Schwerpunkte zu setzen? Am Ende Ihrer Regierungstätigkeit? Denn dass man den größten Einzeletat mit einem Anteil von 25,2 % an den Gesamtausgaben nicht auf Dauer ausnehmen kann, wenn die Schuldenbremse einzuhalten ist, wird wahrscheinlich allen hier im Raum klar sein. Es sei denn, Frau Ministerin, es ist Ihnen in einem Sechsaugengespräch, wie schon einmal in dieser Woche, mit der Ministerpräsidentin und dem Finanzminister gelungen, auszuhandeln, dass alle anderen Bereiche sparen, nur der Ihrige nicht. In diesem Falle würden wir Bildungspolitiker Ihnen sicher gerne Beifall zollen. Allerdings haben wir eher die Vermutung, dass Sie nur deshalb keine Konsolidierung anstreben müssen, weil es alle anderen auch nicht tun.

Das ist wahrhaft keine Leistung, denn die Rechnung wird den kommenden Generationen präsentiert, die selbst bei bester Schulausbildung kaum genug Steuern werden erwirtschaften können, um Ihre Schulden zurückzuzahlen geschweige denn noch eigene politische Gestaltungsmöglichkeiten zu haben. Das nennen Sie Bildungsgerechtigkeit? Das ist weder gerecht noch ist es sozial.

(Beifall von der CDU)

Es ist im Gegenteil zutiefst egoistisch. Die unangenehme Aufgabe, zu sparen und trotzdem bildungspolitische Akzente zu setzen, überlassen Sie lieber den anderen. Hierzu passt, dass Sie sich damit rühmen, die sogenannten demografischen Gewinne zu großen Teilen im Schulsystem zu belassen. Un-

klar ist, wie Sie dann die deutlich höhere Anzahl an Lehrerinnen und Lehrern in Bezug zur Schülerzahl gegenüber dem heutigen Stand einsetzen wollen. Was machen die Lehrerinnen und Lehrer, deren Schulen es mangels Schülern gar nicht mehr gibt? Planen Sie kleinere Klassen oder andere Unterstützungssysteme? Ein Konzept dazu liegt nicht vor,

(Zuruf von Sigrid Beer [GRÜNE])

genauso wenig wie im wichtigen Themenfeld der Inklusion, das bereits jetzt für große Unruhe an den Schulen sorgt. Ein pädagogisches Konzept – Fehlanzeige! Ein finanzielles Konzept – Fehlanzeige! Ein organisatorisches Konzept – Fehlanzeige! Ein zeitliches Konzept – ebenfalls Fehlanzeige!

Wenn man sich überlegt, wie viele Wochen Sie benötigt haben, um festzustellen, welche wichtige pädagogische Funktion Klassenfahrten haben, Frau Löhrmann, so werden wir Ihren Gesetzentwurf zum Thema „Inklusion“ in dieser Legislaturperiode wohl nicht mehr erleben.

(Beifall von der CDU)

Warum Sie bei einem Ausgabevolumen von über 15 Milliarden € in Ihrem Etat nun ausgerechnet die Klassenfahrten als marginalen Einsparbetrag entdeckt haben, wird wohl Ihr Geheimnis bleiben. Aber dazu werde ich gleich noch kommen.

(Sigrid Beer [GRÜNE]: Ja, bitte!)

Das Thema „Inklusion“ zeigt wiederum deutlich, dass es Ihnen nicht nur am Sparwillen, sondern auch am Willen zur Prioritätensetzung fehlt.

(Beifall von der CDU)

Will man den Weg eines inklusiven Schulsystems gehen – ich denke, wir alle wollen das –, so muss man es auch in der erforderlichen Qualität umsetzen.

(Sigrid Beer [GRÜNE]: Aha!)

Ansonsten besteht die Gefahr, dass es auf ganzer Linie scheitert. Hierzu brauchen wir die Akzeptanz aller: der Schülerinnen und Schüler mit und ohne Handicap, der jeweiligen Eltern und natürlich auch der Lehrerinnen und Lehrer. Das geht nicht zum Nulltarif. Wer unser Schulsystem auch nur ansatzweise kennt, der weiß, dass das nicht mal eben so nebenbei geht frei nach dem ewigen Motto: Der Lehrer hat studiert, dann wird er Inklusion doch wohl auch noch irgendwie hinkriegen. – So funktioniert es nicht, und so werden wir als CDU-Fraktion es keinesfalls mittragen, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall von der CDU)

Aus diesem Grunde haben wir in unserem Haushaltssanierungskonzept 170 Millionen € für Inklusion und auch für Ganztagsunterricht zur Verfügung gestellt. Wie passt das mit der angestrebten Konsolidierung der Landesfinanzen zusammen? Ganz einfach: Wir sind der Überzeugung, dass man neue

Wege gehen muss, wenn man feststellt, dass das vorhandene Geld nicht ausreicht, um die in der Vergangenheit aufgebauten Strukturen weiterhin zu finanzieren.

Laut einem für die Landesregierung erstellten Gutachten bleiben nach Abzug der Anforderungen durch den Schulkonsens in den kommenden Jahren 470 Millionen € aus den sogenannten demografischen Gewinnen im Schulsystem. 300 Millionen € davon wollen wir für die Konsolidierung nutzen und 170 Millionen €, wie bereits erwähnt, für wichtige Projekte einsetzen, damit diese erfolgreich verlaufen können.

Gleichzeitig gilt unser Schwerpunkt dem Unterricht. Eine amtliche Untersuchung hat festgestellt, dass Lehrerinnen und Lehrer ein Zehntel ihrer Arbeitszeit mit nichtunterrichtlichen Tätigkeiten verbringen. Dazu zählen sicherlich unverzichtbare Aufgaben, aber auch viele bürokratische Pflichten, die deutlich besser von Verwaltungsfachleuten erbracht werden können.

(Beifall von der CDU)

Daher wollen wir verstärkt sogenannte Schulverwaltungsassistenten einsetzen, die den Lehrerinnen und Lehrern die administrativen Aufgaben abnehmen.

(Josef Hovenjürgen [CDU]: Richtig!)

Sie haben somit mehr Zeit für ihre Schülerinnen und Schüler.

Meine sehr geehrten Damen und Herren der Regierungsfractionen, auch wenn Sie unsere Konsolidierungsvorschläge in der vergangenen Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses in Bausch und Bogen abgelehnt haben, werden auch Sie nicht behaupten wollen, dass es sinnvoll ist, einen Studienleiter mit der Wartung der Schulcomputer oder der Verwaltung der Schulbücher zu beschäftigen.

(Beifall von der CDU – Eva Voigt-Küppers [SPD]: Dann ist die Schule schlecht organisiert!)

Sie sehen, Sparzwänge können durchaus sehr vernünftige Ideen hervorbringen. Man muss sich dazu nur einfach einmal richtig mit dem Thema beschäftigen.

Intensiv beschäftigt haben Sie hingegen in den vergangenen Wochen die Schulen in unserem Lande mit dem Thema „Klassenfahrt“. Trotz des Urteils im vergangenen Herbst, das besagt, dass Lehrerinnen und Lehrer eine Klassenfahrt nicht selbst zu bezahlen haben, was eigentlich eine Selbstverständlichkeit ist, haben Sie den Haushalt 2013 in diesem Bereich so aufgestellt, als würden die Lehrerinnen und Lehrer ihren Anteil immer noch selbst übernehmen. Die Folge war absehbar: Ein Budget, das keine Fahrtkostenerstattung vorsieht, ist in kürzester Zeit ausgeschöpft.

Wir als CDU-Fraktion haben schon frühzeitig auf diese Problematik hingewiesen und vorgeschlagen, den Haushaltsansatz für Klassenfahrten, der übrigens in schwarz-gelber Regierungszeit bereits verdreifacht wurde, um 6 Millionen auf 12 Millionen € zu verdoppeln. Das haben SPD und Grüne noch in der letzten Woche im Haushaltsausschuss abgelehnt. Frau Ministerin Löhrmann erklärte zunächst, bei Haushaltsaufstellung habe man das Urteil noch nicht gekannt, und später habe aus haushaltstechnischen Gründen keine Möglichkeit mehr bestanden, den Ansatz für die Klassenfahrten zu erhöhen.

Frau Beer von den Grünen meinte sogar, man müsse einmal mit den Schulen über den pädagogischen Wert der Reisen und darüber reden, ob es immer das Ausland sein müsse. Natürlich gehen Klassenfahrten nicht nur ins Ausland. Aber wer gerade in der aktuellen Situation Europas die Bedeutung der vielfältigen Austauschprogramme mit unseren europäischen Partnern ignoriert,

(Sigrid Beer [GRÜNE]: Das ist ja eine Verdrehung von Tatsachen!)

hat einen wichtigen Teil unserer Geschichte vergessen.

(Beifall von der CDU)

Nun kommt aber plötzlich eine für alle große Überraschung: Frau Ministerin Löhrmann, die in der vergangenen Woche im Schulausschuss noch sagte, dass sie als Ministerin gar nicht das Recht habe, den Haushaltsansatz für die Klassenfahrten zu verändern, weil dies ureigenes Recht des Parlaments sei, verkündet zwei Tage vor Beratung des CDU-Antrages hier im Parlament, dass sie nach einem Gespräch mit der Ministerpräsidentin und dem Finanzminister alles geklärt habe. Alle Fahrten dürften nun doch stattfinden.

Wie konnte dieses Wunder von Düsseldorf stattfinden? Haben Sie in der vergangenen Woche den Schulausschuss falsch informiert, oder war Ihre Pressemitteilung falsch? Ich bin sehr gespannt, wie Sie dem Parlament Ihr Verhalten erklären werden. Zudem bleibt die Frage offen, wie viel an zusätzlichen Mitteln Sie in Ihrer Dreierunde bereitgestellt haben und woher diese Mittel kommen. Dies ist eine Frage, die uns natürlich bei der Haushaltsberatung sehr interessiert.

Trotz dieser Ungereimtheiten und offenen Fragen sind wir selbstverständlich mehr als froh, wenn Klassenfahrten als wichtiges pädagogisches Instrument im nordrhein-westfälischen Schulwesen erhalten bleiben. Rechts- und Planungssicherheit fordern wir deshalb bereits am heutigen Tage auch für die kommenden Jahre ein.

Von dieser unsäglichen Debatte, die ohne Not für wochenlange Aufregung an unseren Schulen gesorgt hat, bleibt das Kuriosum eines CDU-Antrages,

(Sigrid Beer [GRÜNE]: Genau, der ist kurios!)

der beschlossen wurde, bevor er überhaupt die Beratung im Plenum erreicht hat. – Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der CDU – Sigrid Beer [GRÜNE]: Das ist ja eine Verdrehung von Tatsachen! – Gegenrufe von der CDU: Nein!)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Frau Vogt. – Für die SPD-Fraktion spricht nun Frau Kollegin Hendricks.

Renate Hendricks (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Nach dieser Rede von Frau Vogt habe ich schon überlegt, ob ich in einem anderen Universum lebe. Ich komme aber dazu: Wir befinden uns beide im Parlament von Nordrhein-Westfalen.

Seit 2008 gehen die Schülerzahlen in Nordrhein-Westfalen zurück. Die damit entstehenden Demografiegewinne führen zu vielen Spekulationen, übrigens nicht nur in diesem Bundesland, sondern auch in anderen Bundesländern. Die Regelungen, die hierzu in den verschiedenen Bundesländern getroffen werden, sind sehr unterschiedlich. Nordrhein-Westfalen hat sich vor dem Hintergrund der präventiven Politik, die wir sowohl in der frühen Bildung als auch in der Schule bis hin in die Hochschule und in die Ausbildungssituation von jungen Menschen hinein leisten wollen, vorgenommen, die Demografiekomponente im Schulsystem zunächst einmal bis 2015 dort zu belassen. Sie alle wissen, welche Veränderungen wir im System vornehmen. Wir wollen Inklusion auf den Weg bringen; wir haben damit angefangen. Wir haben aber auch den Schulkonsens miteinander vereinbart und auf diese Art und Weise massive Veränderungen in der Schullandschaft ausgelöst. Auch dafür, Frau Vogt, brauchen wir die Demografieeffekte.

Dass die Länder – dazu gehört auch Nordrhein-Westfalen – die Anstrengungen für Bildung weiterhin stärker forcieren müssen, hat übrigens auch die Studie des Deutschen Wirtschaftsinstituts, die diese Woche vorgelegt worden ist, noch einmal sehr deutlich gemacht. Wir wissen alle, dass wir die 10 % des BIP, die ursprünglich einmal für Bildung vereinbart worden sind, immer noch nicht erhalten. Das heißt, die Marge, die wir uns selber gesetzt haben, konnten wir bisher nicht erreichen.

Alle Ressorts müssen ihren Beitrag auch beim Sparen liefern. Aber Sparen mit Verstand heißt nicht sozusagen Kaputtsparen. Die Zahl der Lehrerstellen im Haushalt 2013 sinkt geringfügig. Dahinter verbirgt sich ein kompliziertes Zahlenwerk, das Sie im Haushaltsplan nachlesen können.

Dennoch, liebe Frau Vogt, sind Ihnen diese Einsparungen, die wir auch in Förderprogrammen vornehmen, nicht ausreichend. Nun haben Sie Anträge

zum Schulressort eingebracht, die aus meiner Sicht schon ein wenig sonderbar sind. Zunächst einmal wollen Sie 24 Millionen € der Demografiegewinne streichen. Dann schaffen Sie einen neuen Titel; außerdem wollen Sie auch noch 480 Lehrerstellen streichen, und bis 2017 wollen Sie 300 Millionen € herausnehmen. Das sind etwa 6.000 Lehrerstellen; ich will nur einmal verdeutlichen, was das bedeutet.

Sie wissen auch gar nicht, was man mit diesen Lehrerstellen anfangen kann, habe ich gerade eben gehört. Die Schulen wissen das aber sehr wohl; da bin ich mir ganz sicher.

(Sigrid Beer [GRÜNE]: Krauses Zeug war das!)

Wo wollen Sie die nun einsparen? Das sagen Sie uns nicht. In welchen Schulformen wollen Sie sie einsparen, zu welchen Bedingungen wollen Sie sie einsparen? Nun wissen wir, dass die Fragen der Einsparungen nie alternativlos sind. Aber lassen Sie mich noch einmal zu dem Thema der CDU zurückkommen: „Wir sparen“.

(Zuruf von der CDU: Ja!)

Die CDU hat immer wieder deutlich gemacht, wie wichtig Lehrerstellen sind, und in der letzten Legislaturperiode versucht, eine Kampagne zum Thema „Unterrichtsausfall in diesem Land“ zu leisten. Diese hat sie übrigens in keiner Weise erfüllt, wie wir seit heute durch den Landesrechnungshof wissen. Ausgerechnet die CDU erklärt uns jetzt, dass sie Schulassistenten statt Lehrer einstellen will. Die flächendeckende Einstellung von Schulassistenten in Nordrhein-Westfalen ist eigentlich aus zweierlei Gründen zynisch. Ich war gerade wieder an einer Schule, die Gemeinschaftsschule geworden ist. Bei solchen Besuchen sehe ich, mit wie viel Verve, mit wie viel Motivation und Anspruch dort Schulentwicklung gemacht wird und wie sich die Lehrer einbringen. Ich kann verstehen, dass Sie Assistenzkräfte fordern. Dafür Lehrerstellen herauszunehmen, finde ich unanständig.

(Beifall von den PIRATEN – Karl-Josef Laumann [CDU]: Quatsch!)

Liebe CDU, Schulassistenten fallen zunächst einmal in die Zuständigkeit der Kommunen. Interessant ist, dass Sie wieder einmal Belastungen vom Land auf die Kommunen abschieben wollen, um damit den Landeshaushalt zu sanieren. In der letzten Legislaturperiode, in der Sie hier regiert haben, haben wir damit schon heftige Erfahrungen gemacht.

(Zuruf von Josef Hovenjürgen [CDU])

Meine Damen und Herren, nach unserer Auffassung stellt der von uns vorgelegte Haushalt unter den gegebenen Restriktionen einen ausgewogenen Kompromiss dar. Die Vorschläge der CDU werden wir nicht akzeptieren. Wir werden sie ablehnen. Das kann ich Ihnen an dieser Stelle schon ankündigen.

Auch der Einzelplan 05 muss Einsparungen erbringen. Dazu gehören unter anderem globale Minderausgaben in Höhe von 59 Millionen €. Diese Minderausgaben werden wahrscheinlich in Hauptgruppe 4 erbracht werden müssen. Diese globalen Minderausgaben stellen das Ministerium vor riesige Herausforderungen. Diesen Balanceakt, auf der einen Seite die Lehrerstellen zu erhalten und auf der anderen Seite die Standards nicht abzusenken, ist eine Aufgabe, die großes Engagement und großen Elan erfordert. Wir setzen, anders als Sie es gerade gesagt haben, Frau Vogt, im Haushalt 2013 deutliche Schwerpunkte.

(Vereinzelt Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Einer der Schwerpunkte besteht in der Umsetzung des Schulkonsenses, den wir miteinander verabredet haben und an den wir uns in allen Facetten halten. Diese Facetten bedeuten, wir geben Lehrerstellen in die Leitungszeit, wir senken die Klassengrößen an den Grundschulen und werden demnächst auch die Klassengrößensenkung an den weiterführenden Schulen fortsetzen. Wir geben aber auch Stellen in den Ganzttag und machen vor allem Schulentwicklung in Nordrhein-Westfalen.

(Beifall von Sigrid Beer [GRÜNE])

Wir haben ebenfalls vereinbart, dass der Schulkonsens bis ins Jahr 2023 reicht. Das heißt, wir sind noch gar nicht am Ende dieser Strecke angelangt. Sie wollen schon jetzt das Fell des Bären verkaufen, den Sie noch nicht erlegt haben. Das finde ich sehr bemerkenswert. Das ist „solide“ Politik, wie ich sie von der CDU gewohnt bin.

Ein weiterer Schwerpunkt unserer Arbeit besteht im Ganzttag. Der Ganzttag wird allein mit 249 Stellen bei den bestehenden und gebundenen Ganzttagsschulen ausgebaut. Wir geben 50 weitere Stellen in die Ganzttagsschulen der Sekundarstufe I. Das müsste Ihnen doch sehr gelegen kommen, Frau Vogt. Sie wollen doch mehr Ganzttag. Das haben Sie mit Ihrem Antrag zum Gymnasium deutlich gemacht.

Weitere 7.500 Ganzttagsstellen schaffen wir in der OGS. Mit 73 Lehrerstellen und einer Erhöhung der Mittel auf 359 Millionen € verbessern wir die Ausstattung. Ich fand es sehr interessant, dass Sie ausgerechnet in diesem sehr sensiblen Bereich auch schon wieder einsparen wollen. Sie haben Vorschläge dazu eingebracht. Ich frage mich ernsthaft, ob Sie eine Ahnung davon haben, wie OGS in Nordrhein-Westfalen funktioniert. Sonst empfehle ich Ihnen dringend, doch einfach einmal ein paar OGS zu besuchen, damit Sie wissen, wie dort gearbeitet wird.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Für uns ist der Ganzttag in allen Schulformen ein wichtiger Baustein. Er sichert auf der einen Seite

Bildungsqualität und entlastet die Eltern. Auf der anderen Seite bringt er Chancengleichheit für Kinder und Jugendliche. Das ist das, was wir mit dieser Politik erreichen wollen.

(Vereinzelt Beifall von der SPD)

Meine Damen und Herren, ein weiterer Schwerpunkt ist die Inklusion. Auch auf diesem Gebiet haben Sie uns Tatenlosigkeit vorgeworfen. Diese Tatenlosigkeit ist nicht feststellbar. Ein Blick in den Haushalt macht es deutlich. Allein 1.476 zusätzliche Stellen können Sie in den einzelnen unterschiedlichen Posten des Haushalts nachlesen. Sie werden im Haushalt 2013 zur Verfügung gestellt, um den Prozess der Inklusion fortzuführen. Der Prozess ist längst auf dem Weg und der Zug hat Fahrt aufgenommen. Anders als Sie werden wir vorbereitend tätig. Wir haben jetzt bereits Stellen in das System gegeben, obwohl das Gesetz noch nicht verabschiedet ist. Dies geschieht, weil wir die Nachfrage an den Schulen kennen. Auch dies ist für uns Teil der präventiven Schulpolitik. Wenn Sie das nicht verstehen, finde ich das bedauerlich.

Zum Thema „Klassenfahrten“ haben Sie uns heute einen Antrag auf den Tisch gelegt. Dieser Antrag macht deutlich, dass Sie den Etat erhöhen wollen. Das ist Ihr gutes Recht. Sie sind die Opposition und können fordern. Wir lösen: Mit dem Erlass der letzten Woche hat das MSW Klarheit geschaffen. Damit ist klar, der Rechtsanspruch von Lehrerinnen und Lehrern wird erfüllt.

(Zuruf von Josef Hovenjürgen [CDU])

Meine Damen und Herren, die Nachwehen der Auflösung eines Instituts in Soest sind immer noch spürbar. Diesen Einwand kann ich mir nicht verkneifen. Sie haben eine atomisierte Fortbildungslandschaft in Nordrhein-Westfalen geschaffen. Das Ganze entstand aus einem falschen Verständnis von systematischer Lehrerfortbildung und der Unterstützung von Schulen. Meine Damen und Herren Kollegen von der CDU, bis heute wollen Sie diesen Fehler nicht eingestehen. Auch jetzt schlagen Sie wieder vor, die Mittel für die Gründung des Landesinstituts und der Unterstützungsagentur aus dem Haushalt herauszunehmen.

Zum Abschluss möchte ich noch einen Blick auf die Weiterbildung werfen. In diesem umfänglichen Haushalt wird sie oft nicht wahrgenommen. Dennoch ist sie für NRW ausgesprochen wichtig. Die Koalition wird in gleicher Höhe wie bisher Mittel für die Weiterbildung zur Verfügung stellen. Morgen findet die Unterrichtung der Landesregierung zur Weiterbildung statt. Bei dieser Gelegenheit werden meine Kolleginnen über die Perspektiven der Weiterbildung sprechen. Wir wissen sehr wohl, dass auch im Bereich der Weiterbildung noch Baustellen bestehen, auf denen wir tätig werden müssen.

Die Forderungen nach Einsparungen werden uns in den nächsten Jahren begleiten. Deshalb werden wir

für die Investition in Bildung sorgen und den Blick auf die Investitionen lenken müssen. In Anlehnung an John F. Kennedy möchte ich abschließend formulieren: Bildung kommt das Land in jedem Fall teuer zu stehen, aber eine schlechte Bildung noch mehr. – Ich bedanke mich.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Frau Hendricks. – Für die FDP-Fraktion spricht nun Frau Gebauer.

Yvonne Gebauer (FDP): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der vorliegende Schulhaushalt wird den Herausforderungen der Zukunft leider nicht gerecht.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Das entscheidende Thema in Bezug auf die Zukunftsherausforderungen in diesem Jahrzehnt ist die Inklusion. Sie stellen zwar zusätzlich 465 Stellen für Mehr- und Ausgleichsbedarfe und 1,25 Millionen € für die Fortbildung zur Verfügung, aber Sie müssten eigentlich wissen, dass diese Ressourcen hinten und vorne nicht reichen werden.

(Beifall von der FDP)

Lehrerverbände beklagen unisono, dass die Qualität der Förderung unter den fehlenden personellen und sächlichen Voraussetzungen leidet bzw. leiden wird. Vertreter der Schulverwaltungen sagen ganz offen, dass Ihr Vorgehen bei der Inklusion zulasten bereits integrativ arbeitender Schulen geht. Die Ressourcen für die sonderpädagogische Förderung halten mit ihrem Tempo nicht mit.

Die harte Haltung der Landesregierung zur Konnexität treibt die Kommunen zur Verzweiflung.

(Vereinzelt Beifall von der CDU)

Frau Ministerin Löhrmann, Sie haben erklärt, Inklusion sei nicht konnexitätsrelevant, und es bestünde kein Nachweis für Mehrkosten. – Die FDP hat in diesem Zusammenhang bei einem Haushaltstitel konkret nachgehakt. Sie lassen für Investitionskosten bei staatlichen Schulen für die Inklusion prophylaktisch 100.000 € einstellen mit der Begründung – Zitat –: Investitionsausgaben für Hilfsmittel oder Ähnliches, wenn sie erforderlich sind.

Das sind Einstellungen, die ich nicht nachvollziehen kann. Sie als Ministerin erklären den kommunalen Schulträgern, dass Inklusion keine Mehrkosten verursacht, und gleichzeitig stellen sie 100.000 € für die wenigen Schulen in Trägerschaft des Landes in den Haushalt ein.

Sie wollen offensichtlich nach wie vor die Finanzierung der Inklusion durch eine Schließungswelle von Förderschulen erreichen – und das gezielt gegen den Elternwillen vor Ort.

(Beifall von der FDP)

Welchen Wert Sie Förderschulen beimessen, zeigt sich auch daran, dass Sie als ein Einsparziel die Zuschüsse für die Verpflegungskosten an privaten Ganztagsförderschulen mit den Förderschwerpunkten geistige und körperlich-motorische Entwicklung auserkoren haben.

Meine Damen und Herren der Landesregierung, während Sie bei der Inklusion die Qualität der sonderpädagogischen Förderung unterlaufen, nutzen Sie die Chancen, die sich aus dem Wegfall des doppelten Abiturjahrgangs an Gymnasien ergeben, leider auch in diesem Falle nur unzureichend.

Aufgrund des engen Zeitplans am heutigen Tage mussten wir unseren Gymnasialantrag zunächst ohne Debatte in den Schulausschuss überweisen. Deswegen nur einige kurze Anmerkungen: Hier eröffnet sich eine weitgehende Chance, um die beliebteste weiterführende Schulform, die im Schulkompromiss von CDU, SPD und Grünen strukturell benachteiligt worden ist, zu stärken. Die FDP will nach dem Wegfall des doppelten Abiturjahrgangs durchschnittlich eine zusätzliche Stelle an den 627 Gymnasien in Nordrhein-Westfalen belassen.

(Beifall von der FDP)

Die Schulen sollen die Stellenanteile in Eigenverantwortung, zum Beispiel kapitalisiert für den Ganztags, für Fortbildungen oder für Vertiefungskurse bzw. für die Exzellenzförderung verwenden können.

Herr Kollege Mostofizadeh, welcher momentan im Plenum nicht anwesend ist, hat im Berichterstattergespräch schon einmal versucht darzulegen, dass eine solche Unterstützung haushaltstechnisch nicht möglich sei. Hier sage ich: Ihre Differenzierungszuschläge an Sekundarschulen und Gemeinschaftsschulen allerdings sind selbstverständlich möglich.

Das Land Hessen hat jahrelang zum Beispiel für MINT-EC-Schulen eine halbe Stelle zusätzlich bereitgestellt. Nun erhalten die Schulen Stellenkontingente zur eigenverantwortlichen Schwerpunktsetzung. Was in Hessen funktioniert, soll angeblich in Nordrhein-Westfalen nicht möglich sein? Ich finde, das Beispiel zeigt ganz deutlich, es ist eine Frage des Willens und nicht des Könnens. In diesem Zusammenhang freue ich mich auf eine spannende Debatte im Schulausschuss.

Die FDP möchte in Köpfe investieren und Rot-Grün an vielen Stellen in Doppelstrukturen. Sie schaffen ein neues Landesinstitut mit dem wunderbaren Namen LIUNA. Hier werden Millionen an Ressourcen verschwendet, die dringend für unsere Schülerinnen und Schüler benötigt werden. Dieses Institut wird nichts leisten, was nicht mit bestehenden Strukturen sicherzustellen wäre.

(Beifall von der FDP)

Bei der in vielen Bereichen ausschweifenden Personalpolitik der Landesregierung liegt die Befürchtung nahe, dass sich dieses Landesinstitut zu einem wohldotierten Versorgungsort für verdiente Grüne und Genossen entwickeln wird.

(Sigrid Beer [GRÜNE]: Meine Güte!)

– Es ist verständlich, Frau Beer, dass Ihnen das nicht gefällt.

Ein weiteres anzusprechendes Thema ist der Schulversuch PRIMUS. Statt bestehende Schulen intensiver zu unterstützen, werden in einem neuen Schulversuch Ressourcen für den nächsten Schritt zur Einheitsschule verbrannt.

(Beifall von der FDP)

Die Zusammenfassung von Grund- und weiterführenden Schulen jahrgangsübergreifend weitestgehend ohne Noten und ohne äußere Leistungs differenzierung wird den Bedürfnissen der Kinder und Jugendlichen, der Schülerinnen und Schüler nicht gerecht.

(Beifall von der FDP)

Ich komme zu den Anträgen, die im Rahmen dieser Haushaltsdebatte ebenfalls mitbesprochen werden, die die Klassen- oder Schulfahrten zum Inhalt haben – ein Thema, das Schulleitungen, Lehrer, Eltern und Schüler in den letzten Monaten in Aufruhr versetzt hat. Frau Ministerin, Sie haben bei diesem Thema gerne Nebelkerzen geworfen und öffentlich erklärt, dass Reisekosten der Lehrer dem Land so wichtig sind, dass man den Betrag in den letzten Jahren verdreifacht habe. – Das ist eine taktische Darstellung der Wahrheit. Verdreifacht wurde der Etat nämlich unter FDP und CDU, zuvor wurde er unter Rot-Grün gekürzt.

(Beifall von der FDP)

Zurück zur heutigen Situation: Wir haben als FDP den Umgang des Ministeriums mit dieser schwierigen Situation schon mehrfach kritisiert. Ich möchte die Kritik doch noch einmal vorbringen, auch wenn sie nicht gefällt. Bereits im Februar 2011 hat das Landesarbeitsgericht Hamm ein entsprechendes Urteil gefällt. Sie wussten also seit eineinhalb Jahren von diesem Urteil, haben offensichtlich aber keinerlei Vorkehrungen und Planungen getroffen

(Zuruf von Sigrid Beer [GRÜNE])

und gehofft, dass Ihnen die Revision vor Gericht gelingt. Frau Beer, so zu handeln ist legitim. Aber Präventionspolitik – das Thema, von dem Sie immer sprechen – sieht anders aus.

(Beifall von der FDP)

Wir von der FDP haben im November vergangenen Jahres diesbezüglich eine Mündliche Anfrage hier im Parlament gestellt. Frau Ministerin Löhrmann, Sie haben auf die diversen Fragen von unserer Seite mehrfach wiederholt, Sie müssten erst die schrift-

liche Begründung abwarten. Diese Begründung vom OVG Münster lag wenige Tage später vor.

Ich frage an dieser Stelle: Warum geht den Schulen – wir sprachen Ende November; das Urteil kam Anfang Dezember – erst am 23. Januar 2013 ein Erlass zu, der erste Antworten zu den drängenden Fragen zum Umgang mit Schülerfahrten zum Inhalt hat? Hier ist wertvolle Zeit verstrichen, die Sie hätten zum Handeln nutzen müssen.

(Beifall von der FDP)

Sie haben noch letzte Woche im Schulausschuss erklärt, dass Ihnen zum jetzigen Zeitpunkt kein Handeln möglich sei. Vorgestern haben Sie dann reagiert und gaben den Schulen zumindest für das Jahr 2013 die erforderliche Sicherheit. Das hätte unserer Meinung nach viel früher geschehen müssen, um derartige Unsicherheiten an den Schulen zu vermeiden. Gleichwohl bleiben noch viele Fragen offen, insbesondere wie die langfristige Regelung aussieht.

Das Land wird und muss für die wichtigen Schülerfahrten mehr Geld in die Hand nehmen, ich glaube, darüber sind wir uns in diesem Zusammenhang alle einig.

An dieser Stelle sei aber auch gesagt, dass wir den Deckungsvorschlag der CDU, der im Haushaltsausschuss eingebracht worden ist, mit Sorge sehen. Sie gehen hier von einem Haushaltsansatz von 2011 im offenen Ganzttag und von rund 10 Millionen € globalen Minderausgaben aus. Gleichzeitig wächst jedoch im Jahr 2013 die Zahl der Plätze im offenen Ganzttag weiter an, und für 2012 liegt noch kein Rechnungsabschluss vor. Die Mittel daher bei den offenen Ganzttagsschulen zu streichen, halten wir zumindest gegenwärtig für fragwürdig.

Wir brauchen eine umfassende Regelung für die Schülerfahrten – das Land wird die Mittel erhöhen müssen –, und es muss an dieser Stelle eine Neuregelung aufgrund von sachangemessenen Vorgaben stattfinden.

Zurück zum Schulhaushalt. Den vorliegenden Schulhaushalt werden wir ablehnen. Er wird den tatsächlichen Herausforderungen der Bildungspolitik nicht ansatzweise gerecht, er setzt falsche Schwerpunkte, und gerade beim wichtigen Thema der Inklusion steht er in keinem Verhältnis zu dem, was Rot-Grün den Kommunen und den Schulen vor Ort abverlangt. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der FDP)

Vizepräsident Oliver Keymis: Danke schön, Frau Kollegin Gebauer. – Nun spricht für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Frau Kollegin Beer.

Sigrid Beer (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Eigentlich

hatte ich heute Morgen gute Laune. Aber nach den Beiträgen, die ich heute hier habe vernehmen müssen, vor allen Dingen nach dem Beitrag von der Kollegin Vogt und jetzt auch nach dem Beitrag von der Kollegin Gebauer, ist das ein bisschen gekippt. Aber ich möchte mir den Tag nicht verderben lassen.

Von daher, Frau Vogt, danke ich Ihnen erst einmal für Ihre Offenheit, jetzt nicht in diesem Beitrag, den Sie heute Morgen geleistet haben, sondern in dem Beitrag, den Sie mit den drei Fragen an die neuen schulpolitischen Sprecherinnen der Fraktionen geleistet haben. Man kann es in der Februar-Ausgabe von „Bildung aktuell“ des Philologenverbands nachlesen. Drei Fragen, und zweimal heißt die Antwort der CDU: Die Probleme, die Sie nennen, sind uns bekannt. Wir arbeiten fortwährend an den Lösungsvorschlägen.

Das ist das Konzept der CDU in der Schulpolitik. Heute ist das qualitativ leider nicht darüber hinausgegangen, Frau Vogt. Das fand ich sehr enttäuschend.

(Zuruf von Dr. Joachim Stamp [FDP])

Zu Ihren Vorschlägen zum Haushalt: Ich will das jetzt gar nicht an den Schulassistenzen festmachen. Denn Schulassistent, Verwaltungsassistent ist ein sinnvolles Instrument, aber nicht so, wie Sie das jetzt hier einführen, einpflegen wollen.

Was steckt in Wahrheit dahinter? Sie wollen 300 Millionen € aus dem Schulhaushalt herausziehen, das heißt 6.000 Lehrerstellen abbauen. Kollegin Hendricks hat es bereits gesagt. 170 Millionen € wollen Sie weiter darin belassen und bis zum Jahr 2020 verteilen, das heißt, dass Sie die Ausfälle der 6.000 Lehrerstellen überhaupt nicht kompensiert bekommen. Sie reißen ein Loch nach dem anderen. Sie bekommen weder den Ganzttag noch die Inklusion finanziert. Die Inklusion ist auch nur sehr schwammig in Ihrem Konzept definiert. Was soll es denn jetzt sein? Auf der kommunalen Ebene, und es sollen Lehrerstellen sein. Wie geht es da überhaupt weiter? Dazu gibt es keine Aussagen. Das ist nicht belastbar.

Deswegen kann ich nur unterstreichen, was Sie hier geschrieben haben. Sie kennen offenbar Probleme, Sie arbeiten an Lösungsvorschlägen. Nur wir kennen die Lösungsvorschläge, die in diesem Land den Schulen, den Eltern, den Lehrern und auch den Schulträgern dann die Zukunft gestalten helfen sollen, noch nicht.

Erstens. Wir sehen, dass Sie aus dem Schulhaushalt etwas herausziehen wollen. Sie haben gefragt, was wir schulpolitisch gemacht haben. Frau Vogt, das soll jetzt nicht oberlehrerinnenhaft klingen, aber ich sehe Ihnen das nach, weil Sie im Jahr 2010 noch nicht im Parlament waren. Was mussten wir denn machen? Wir mussten erst einmal 1.000 Stellen zusätzlich schaffen, weil die Bedarfe im Bereich des Berufskollegs, im Bereich der Sekundarstufe II vorhanden waren. Wir mussten nachfinanzieren,

weil die Stellen im Haushalt noch nicht einmal ausreichend finanziert waren. Über fünf Jahre hat Schwarz-Gelb Nebelkerzen geworfen, und wir mussten diese Schäden erst einmal reparieren.

(Beifall von den GRÜNEN)

Ich hoffe, dass Sie das zur Kenntnis nehmen und auch noch einmal nachlesen.

Zweitens. Was haben wir nach dem Jahr 2010 gemacht? Wir sind jetzt beim Aufwuchs insgesamt bei 1.680 Stellen im Bereich der Inklusion. Allein seit dem Jahr 2011 sind das 1.148 Stellen. Es wäre schön, Frau Vogt, wenn Sie das einmal zur Kenntnis nehmen und sich den Sachverhalt und den Tatsachen stellen würden. Dazu sind Sie offensichtlich im Augenblick gerade weder bereit noch in der Lage. Sonst würden Sie vielleicht auch aufmerksam zuhören.

Weitere 1.700 Stellen werden für das Konzept der kleinen Grundschulen zur Verfügung gestellt, wie mit Ihnen gemeinsam vereinbart. Herrscht denn hier Amnesie, oder was müssen wir heute Morgen hier erleben? Dann gibt es als nächsten Schritt im Haushalt 2013 Verbesserungen bei der Leitungszeit an Grundschulen, bei der Leitungszeit in der Sekundarstufe I.

(Vorsitz: Vizepräsident Dr. Gerhard Papke)

Frau Gebauer, Benachteiligung der Gymnasien: Wie lächerlich wollen Sie sich noch machen? 1.000 Stellen, die durch Rot-Grün im System bleiben beim Abschmelzen des G8. Aber natürlich! Stellen Sie sich doch der Realität, dass Schwarz-Gelb in der mittelfristigen Finanzplanung bereits 10.000 Stellen abgesetzt hatte.

(Zuruf von Eva Voigt-Küppers [SPD])

Wo wären wir jetzt, wenn Sie weiter regiert hätten? – Gut, dass es damals Wahlen mit einem anderen Ergebnis gegeben hat. Schon die Minderheitsregierung war ein Segen für Nordrhein-Westfalen. Wir führen das jetzt erfolgreich weiter.

(Beifall von den GRÜNEN)

Dazu kommt natürlich, dass es auch jetzt keine Benachteiligung der Gymnasien gibt. Jeder Antrag auf Ganztags ist genehmigt worden; sie sind bei der Absenkung des Klassenfrequenzrichtwerts im Schulkonsens so berücksichtigt wie auch alle anderen weiterführenden Schulen.

In Ihrem Beitrag wird deutlich – da können Sie so viel von der Qualität der Inklusion reden, wie Sie wollen –, dass Sie eigentlich nur die exklusive Schule wollen. Es bleibt das alte FDP-Konzept, das dahinter steckt. Sie wollen kein gemeinsames längeres Lernen.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Das haben Sie zum Abschluss noch einmal sehr, sehr deutlich gemacht.

Sie haben das Stichwort „Individuelle Förderung“ in das Schulgesetz geschrieben.

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Frau Abgeordnete, würden Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Dr. Stamp zulassen?

Sigrid Beer (GRÜNE): Aber herzlich gerne. Danke, Herr Präsident.

Dr. Joachim Stamp (FDP): Vielen Dank, Frau Kollegin, für die Möglichkeit der Frage. Sie erklären hier so selbstverständlich, wie Sie die Gymnasien unterstützen. Wir haben gerade erst wieder gehört, dass eine Landtagskollegin von Ihnen die weitere Existenz der Schulform Gymnasium infrage gestellt hat. Deswegen möchte ich Sie als Sprecherin fragen: Wollen denn die Grünen am Gymnasium auch über die Zeit des Kompromisses mit der CDU festhalten?

Sigrid Beer (GRÜNE): Die Eltern treffen doch ihre Schulwahlentscheidung. So, wie sie das in Nordrhein-Westfalen bei der Gründung von neuen Schulen und bei der Schulentwicklung tun. Wir haben sowohl in der Bildungskonferenz wie jetzt auch in den Schulentwicklungsprozessen im Land dafür gesorgt, dass die Eltern ihr Votum dazu abgeben. Es ist jetzt das Elternwahlrecht, das wir damit aufrechterhalten.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Der Anknüpfungspunkt ist die individuelle Förderung, die für alle Schulformen gilt. Sie haben es lediglich ins Schulgesetz geschrieben. Sie haben in der Tat das gemacht, was die Kollegin Hendricks eben auch schon bemängelt hat.

Sie haben in der Fortbildungslandschaft mit dem Wegschlagen des Landesinstituts Tabula rasa gemacht. Wir brauchen eine Unterstützungsagentur für die Schulen, gerade damit sie entlastet werden, damit sie Diagnosematerialien bekommen, damit sie weitere Materialien zur individuellen Förderung erhalten und damit Fortbildung in diesem Land systematisch aufgesetzt wird. Fast zwei Jahre lang hatten wir eine Fortbildungsbrache. Das hatten Sie, Schwarz-Gelb, politisch zu verantworten.

(Beifall von der SPD)

Deswegen leisten wir da jetzt die Aufbauarbeit. Das ist genau der wichtige Punkt, der Ihnen noch einmal auf die Agenda zu schreiben ist.

Ich will nun an dieser Stelle einmal Danke sagen. Das ist jetzt kein Ritual. Danke einmal für das, was das Haus in der intensiven Arbeitszeit bewegt hat, Danke aber auch noch einmal an diejenigen, die in der Tat dafür gesorgt haben, dass noch mehr Klarheit für die Schulen in Sachen Klassenfahrten herrscht.

Frau Vogt, da finde ich persönlich, dass es etwas unanständig gewesen ist, was Sie da gemacht haben, und zwar mir in der Schulausschussdebatte zu sagen und vorzuwerfen, ich hätte die Bedeutsamkeit der Klassenfahrten nicht genug gewürdigt und es ginge nur darum, dass weniger stattfinden und man nicht mehr ins Ausland fahre. – Ganz im Gegenteil. Ich habe sehr ausführlich über die Bedeutsamkeit, auch im europäischen Kontext, der Klassenfahrten geredet. Wenn ich aber Rückmeldungen darüber bekomme, dass Klassenfahrten für 900 € angesetzt werden und wir eine sozialpolitische Verantwortung, eine bildungspolitische Verantwortung haben, dass alle Kinder Angebote von Klassenfahrten auch wahrnehmen können, dann müssen wir auch darauf schauen. Deshalb geht es um das Konzept.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Was Sie hier gemacht haben, war einfach nicht lauter, es mit Ihrem Beitrag so zu verdrehen.

Natürlich bleiben wir im Haushaltsverfahren jetzt auch Herrin des Verfahrens. Wir sind das Plenum, und wir haben die Haushaltsansätze zu beschließen. Das, liebe Kolleginnen und Kollegen, wird in der nächsten Sitzung des HFA, in der dritten Lesung, passieren, also nicht heute.

In ihrem Antrag hat die CDU die Gegenfinanzierung angebracht. Wir werden den Antrag auch gleich ablehnen – dazu hat Frau Kollegin Gebauer schon einiges gesagt –, weil die Feststellung des Haushalts 2012 noch nicht abgeschlossen ist und das wieder ein windiges Geschäft ist, was Sie da aufmachen, weil die Haushaltszahlen noch gar nicht vorliegen. Sie machen Umbuchungen, die vollkommen unge sichert sind. Diesen Weg können wir nicht mitgehen.

Schwarz-Gelb wollte 10.000 Stellen kürzen bzw. nicht besetzen. Wir haben konsequent in die Bildung der Kinder in allen biografischen Punkten investiert, das will ich hier noch einmal festhalten.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Jetzt noch ein Wort, Frau Gebauer, zur Richtigstellung bezüglich der Verpflegungszuschüsse im Rahmen der Ersatzschulen, gerade in dem Bereich: Dafür gibt es ein anderes Instrument. Das BuT. Ich kritisiere es sehr, was die Ausgestaltung betrifft. Da müssen wir herangehen und sehen, wie wir werden es dann auf Bundesebene weiterführen. Wir müssen das Bildungs- und Teilhabepaket möglichst zu einer Infrastrukturhilfe machen. Es kann nicht sein, wenn Sie auf der einen Seite die Schuldenentwicklung problematisieren und auf der anderen Seite nachhaltige Haushaltsführung anmahnen, dass wir hier gegebenenfalls Doppelfinanzierungen haben. Das kann doch eigentlich nicht im Sinne der FDP und ihres Haushaltsansatzes sein. Also schauen Sie doch da bitte etwas differenzierter hin, anstatt hier solche Dinge in die Welt zu setzen und auf die

Tränendrüse zu drücken. Es ist nämlich nicht gerechtfertigt. Ja, das haben Sie gemacht.

Wenn es um präventive, nachhaltige Finanzpolitik geht, wussten Sie, dass Sie vor dem Bundesverfassungsgericht scheitern werden, weil Sie die U3-Mittel nicht durchgeleitet haben. Sie wussten, dass Sie mit dem Einheitslastenausgleich scheitern würden. Dann hätten Sie Hunderte von Millionen Euro damals schon präventiv einstellen sollen. Denn wir müssen jetzt die Schäden beseitigen. – Danke schön.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Vielen Dank, Frau Abgeordnete. – Für die Piratenfraktion erteile ich nun Frau Kollegin Pieper das Wort.

Monika Pieper (PIRATEN): Sehr geehrter Herr Präsident! Lieber Restbestand an Kolleginnen und Kollegen!

(Sigrid Beer [GRÜNE]: Wir sind da! – Heiterkeit von den PIRATEN)

Ich bin überrascht, Frau Vogt, wenn ich sehe, dass es im Jahr 2013 Leute in NRW gibt, die Bildung so wenig wertschätzen. Ich denke, dass wir alle keine größeren Ressourcen haben, als wirklich Leuten Bildung zu vermitteln, damit sie NRW nach vorne bringen. Wenn ich Ihre Vorschläge heute sehe, dann fehlt mir die Sprache. Das tut mir leid. Das als Vorbemerkung.

(Beifall von den PIRATEN)

Wir sind davon überzeugt, dass jeder ausgegebene Euro in der Bildung Reparaturkosten an anderer Stelle spart. Deshalb müssen wir für Bildung mehr Geld, sogar viel mehr Geld bereitstellen. Es gibt Nachholbedarf bei der Ausstattung der Schulen in NRW, und das sehen nicht nur wir so. NRW steht bei den Pro-Kopf-Ausgaben im Bundesvergleich immer noch an letzter Stelle.

Jetzt ist die Frage: Wird die Landesregierung nun alles nachholen? – Wenn ich mir den Haushaltsentwurf so ansehe, muss ich leider sagen: Nein, tut sie nicht wirklich. Zwar steigen die Gesamtausgaben erstmals auf über 15 Milliarden €, die Steigerung gegenüber dem Vorjahresansatz beträgt aber gerade einmal 1,3 %. Das ist weniger als die Inflationsrate. Diese Summe allein ist jedoch wenig aussagekräftig, wenn man nicht berücksichtigt, wofür man sie verwendet, hier vor allem für Lehrer. Mit dem vorliegenden Plan wird sich das rechnerische Schüler-Lehrer-Verhältnis leicht verbessern. Sogenannte Demografiegewinne werden im System gelassen.

Aber die bestehenden strukturellen Defizite in allen Bereichen von Schule werden leider nicht angegangen. Dazu sind weitere Maßnahmen notwendig. Die

vorliegenden Verbesserungen sind hier nur ein Tropfen auf den heißen Stein.

Von den Schulen wird erwartet, dass sie neue Aufgaben übernehmen. Ja, wir sind auch für individuelle Förderung und Inklusion. Aber dafür müssen dann auch die notwendigen Mittel bereitgestellt werden. Sonst war es zwar gut gemeint, aber schlecht gemacht. Vor allem der weitere Ausbau der inklusiven Schule muss solide finanziert werden. Ich glaube, da kommen noch einige Aufgaben auf uns zu.

Frau Gebauer, in dem Zusammenhang möchte ich gerne noch einmal auf das Projekt PRIMUS zurückkommen. Ich glaube, dass PRIMUS ein wirklich superguter Ansatz ist, um Inklusion zu betreiben und um eine inklusive Schule zu machen. Denn ich glaube, dieses Lernen von Klasse 1 bis Klasse 10 bringt unheimlich viele Ressourcen, weil man einfach ältere Schüler im Nachmittagsbereich zum Beispiel unterstützend mitnehmen kann. Meine Erfahrung ist, gerade Schule Klasse 1 bis 10 ist für die inklusive Schule unabdingbar. Das finde ich super-toll.

(Beifall von den PIRATEN und der SPD)

Wir wissen, die finanziellen Spielräume des Landes sind klein. Auch deshalb muss das Kooperationsverbot weg. Die Bildung braucht eine breite Basis. Die Beteiligung des Bundes an den Zukunftsaufgaben in der Bildung ist absolut notwendig.

Die CDU hat den Vorschlag gemacht, mit dem Einsatz von Schulverwaltungsassistenten Lehrerstellen und einen hohen Millionenbetrag einzusparen. Wir finden es zwar gut, wenn man zur Entlastung von Lehrern in der Verwaltung, aber auch in der pädagogischen Arbeit Stellen für Spezialisten schafft. Es würde sehr helfen, wenn sich die Lehrer besser auf ihr Kerngeschäft, den Unterricht, konzentrieren könnten. Aber Lehrer durch Schulverwaltungsassistenten zu ersetzen, kann es ja wohl nicht sein.

(Beifall von den PIRATEN und der SPD)

Genau das macht man aber, wenn man fordert, dass diese neuen Stellen zu 100 % auf die Lehrerkontingente angerechnet werden. Bei den Schulverwaltungsassistenten, die es jetzt schon gibt, wird ein Drittel angerechnet. Das wird schon von vielen sehr kritisch gesehen.

Aus aktuellem Anlass eine Bemerkung zu den Reisekosten bei Klassenfahrten: Wir begrüßen die Nachricht von Frau Löhrmann, dass bereits gebuchte Fahrten finanziert werden. Der Ansatz muss aber insgesamt auch über 2013/14 hinaus deutlich erhöht werden. Da warten wir jetzt auf weitere klare Aussagen.

Der Antrag der CDU ist dabei schlecht. Diese rund 6 Millionen € durch Umschichtungen im Haushalt aufbringen zu wollen, ist absolut kontraproduktiv. Denn das heißt wieder Einsparung von Lehrerstellen.

len. So viel Spielraum sehen wir in diesem Haushalt gar nicht, dass man irgendwo mal eben ansonsten 6 Millionen € locker machen kann, ohne an anderer Stelle, wie bei den Lehrerstellen, an die Substanz zu gehen. Der Etat muss aufgestockt werden. Die notwendigen Erhöhungen für Klassenfahrten müssen zusätzlich eingestellt werden.

Wir sehen nicht nur bei der Finanzierung der Schullandschaft Nachholbedarf, sondern auch bei der Schulentwicklung. Frau Hendricks hat es angesprochen. Schulentwicklung ist ein großes Thema im Bereich Sekundarschule.

Unser Schwerpunkt ist zusätzlich noch ein anderer. Die Informationsgesellschaft ist kein Zukunftsszenario mehr, sie ist Gegenwart. Um die Möglichkeiten des technologischen Fortschritts fruchtbar zu machen, ist Bildung gefragt wie nie zuvor in der Geschichte. Vor allem müssen wir gewährleisten, dass unsere Kinder lernen, die neuen Kommunikationsformen, Arbeits- und Kommunikationsmittel zu beherrschen. Wir müssen verhindern, dass Kinder aus sogenannten bildungsfernen Elternhäusern Computer und Internet nur als Unterhaltungsmedien kennenlernen.

(Beifall von den PIRATEN, der SPD und den GRÜNEN)

Die neuen Informationstechnologien sind aus dem Arbeitsleben nicht mehr wegzudenken. Wie man sie zum Arbeiten gebraucht, muss in der Schule eingeübt werden. Aber sie werden auch immer wichtiger für die gesellschaftliche Teilhabe. Wir werden alle immer mehr zu Netzbürgern.

Zu diesen Fragen passiert hier und da ein bisschen. Es gibt zu wenig Bewegung. Eine systematische Weiterentwicklung ist nicht zu erkennen. Es sind überwiegend verstreute Einzelprojekte. Bei denen ist dann auch noch ungewiss, ob und inwieweit sie weitergeführt werden.

Auf dem Hintergrund der Bedeutung von Schulentwicklung ist es umso unverständlicher, dass bei dem Schulentwicklungsfonds und bei der Medienberatung NRW der Rotstift angesetzt wird. Gesellschaftlicher Wandel ist auch ein Wandel im Umgang mit Ideen und Informationen. Auch dies muss im schulischen Bereich Eingang finden. Im Bereich Bildung treten wir für eine freie Mediennutzung ein. Bildung ist ein viel zu wichtiges Gut, um es unnötig vielen Einschränkungen zu unterwerfen. Die UNESCO und die Enquetekommission „Internet und Gesellschaft“ des Bundestags empfehlen die Förderung von Open Educational Resources, also von Lernmitteln unter freier Lizenz. In Kalifornien und Polen laufen längst entsprechende Projekte. In NRW möchten wir dies gerne voranbringen.

(Beifall von den PIRATEN)

Wir haben lange überlegt, welche Haushaltsanträge im Einzelplan wir stellen wollen. Wir hatten viele er-

arbeitet und wollten auch die vom letzten Jahr erneut stellen. Da wir aber wissen, dass wir mit Millionenforderungen hier eh nicht durchkommen, haben wir uns entschlossen, exemplarisch einen sehr, sehr kleinen Antrag zu stellen. Wir haben eine Forderung über gerade einmal 100.000 €, die zeigen soll, in welche Richtung Schulentwicklung auch gehen muss. Wir wollen das Angebot an Lernmitteln unter freien Lizenzen fördern.

Lernmittel werden zu einem guten Teil öffentlich finanziert. Zwei Drittel der Anschaffungskosten trägt die öffentliche Hand. Nach einer Überschlagsrechnung kostet dies in NRW jährlich bis zu 100 Millionen €. Dazu kommen noch 2 Millionen € für die VG WORT, Millionen Euro dafür, dass Lehrer an den Schulen Kopien aus Büchern machen dürfen, die sie oder die Eltern bereits bezahlt haben.

Ich bin überzeugt, hier sind Lernmittel unter freier Lizenz eine günstige Alternative. Langfristig würden die Kosten für Lernmaterial sinken. Das würde zu Kostenersparnissen führen.

Um dies zu erproben und zu beweisen, fordern wir, dass Wettbewerbe durchgeführt werden. Als Einstieg möchten wir gerne einen Wettbewerb für ein Lese- und Mathebuch in der Grundschule. Wir wollen, dass für Schulbücher, die unter freier Lizenz veröffentlicht werden, Preise ausgelobt werden, in etwa so; wie man es von Architekturwettbewerben kennt. Wir wollen, dass diese Werke dann auch in den Schulen zum Einsatz kommen.

Rot-Grün hat leider auch dieses kleine Projekt abgelehnt, 100.000 € für den Einstieg in die Entwicklung der freien Lernmittel. Warum? Ich weiß es nicht. Es ist nun wirklich kein Betrag, den man nicht hätte aufbringen können. Das sieht nicht nach ausgestreckter Hand und konstruktiver Zusammenarbeit aus. Das wird uns aber nicht davon abhalten, gerade dieses Thema weiter voranzutreiben. Andere Länder machen uns vor, wie es geht. Ich fände es mehr als schade, wenn NRW diese Entwicklung verschlafen würde.

(Beifall von den PIRATEN)

Wir fordern Vorrang für Bildung, mehr Geld für individuelle Förderung und für gelingende Inklusion sowie mehr Investition in die Schulentwicklung, insbesondere in neue Medien.

Im vorliegenden Haushaltsentwurf können wir dies leider nicht feststellen. Selbst unsere minimale Forderung wird abgelehnt. Wir fordern die Landesregierung – Frau Löhrmann – auf, sich mit uns zusammenzusetzen und über unsere Anträge zu verhandeln. Bis zur dritten Lesung ist dafür ausreichend Zeit. Hier und heute werden wir den Haushaltsentwurf ablehnen. – Herzlichen Dank.

(Beifall von den PIRATEN)

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Vielen Dank, Frau Abgeordnete. – Für die Landesregierung erteile ich nun Frau Ministerin Löhrmann das Wort.

Sylvia Löhrmann, Ministerin für Schule und Weiterbildung: Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Frau Pieper, ich muss Ihnen an dieser Stelle sagen, dass ich dafür nicht zuständig bin. In der Gewaltenteilung ist es vernünftigerweise so geregelt, dass die Regierung einen Entwurf einbringt und dann die Fraktionen und die Abgeordneten am Zuge sind, darüber zu entscheiden, welche Veränderungen sie an dem Entwurf vornehmen wollen. Dafür müssen die Fraktionen schon untereinander sorgen. Nicht die Landesregierung ist nach einer Bewertung gefragt, ob der Antrag gut oder schlecht ist.

Die Gewaltenteilung hat uns beim Thema „Schulwanderfahrten“ aufgrund der vorläufigen Haushaltsführung ein wenig gehandicapt. Die Landesregierung kann nicht einfach darüber entscheiden, ob dieses oder jenes zu tun ist. Die Landesregierung kann höchstens – und so haben wir es bei den Schulwanderfahrten ja jetzt auch gemacht – Absichtserklärungen abgeben.

Solche Erklärungen kann ich nicht allein abgeben, sondern dafür brauche ich die klare Zusage des Finanzministers und der Ministerpräsidentin. Das hat das Ganze so kompliziert gemacht. Es ging um die Zusage, dass im Jahr 2013 nicht nur genehmigte Schulfahrten durchgeführt werden können, sondern darüber hinaus auch solche Fahrten, für die in den Schulen die rechtsverbindlichen Unterschriften zum Teil noch nicht vorlagen, die aber fest geplant waren.

So ist es aufgrund von zusätzlichen Informationen über die unterschiedlichen Wertigkeiten von geplanten Schulfahrten zu einem Nachsteuern innerhalb der Regierung gekommen. Das möchte ich an dieser Stelle noch einmal sehr deutlich hervorheben.

Die Regierung kann über bestimmte Maßnahmen nicht hinausgehen, wenn der Gesetzgeber darüber noch nicht entschieden hat. Das Budgetrecht ist nun einmal aus gutem Grund das höchste Recht des Parlaments. So viel an dieser Stelle.

Ich will es noch einmal sagen, meine Damen und Herren von CDU und FDP: Eine Regierung tut gut daran, ein Urteil und dessen Begründung abzuwarten und auszuwerten und nicht in voreilendem Gehorsam irgendwelche Summen einzustellen, weil das möglicherweise diejenigen, die über einen Antrag oder über ein Verfahren zu entscheiden haben, beeinflussen könnte.

Insofern konnten wir bei der Aufstellung des Haushalts die Folgen des Problemfeldes „Wanderfahrten“ nicht kalkulieren und hätten einen Fehler gemacht, wenn wir anders gehandelt hätten. Wir haben aber nachgesteuert, sobald es uns möglich

war. Ich bin dankbar, dass ich für dieses Vorgehen die Unterstützung der Regierung habe. Die beiden Fraktionsvorsitzenden waren ebenfalls einbezogen. Die Reaktion der Öffentlichkeit war ja auch entsprechend positiv.

Die CDU schlägt in ihrem Antrag zu diesem Thema vor, Mittel aus dem Bereich „offene Ganztagschule“ zu nehmen. Ich bin an dieser Stelle dankbar, dass nicht nur die Regierungsfractionen, sondern auch die Piraten und die FDP der Meinung sind, dass wir es uns jetzt nicht so einfach machen wollen. Im Klartext bedeutet Ihr Antrag nämlich: Sie wollen den mit dem Haushaltsentwurf 2013 vorgesehenen moderaten Ausbau der Plätze im offenen Ganztags um 7.500 Plätze gerade nicht vornehmen.

Der Ansatz in der offenen Ganztagschule ist auf die Ausfinanzierung der angestrebten 262.500 Plätze berechnet. Kürzt das Parlament den Ansatz, muss auch die Platzzahl reduziert werden. Wir sind aber der Meinung, dass der offene Ganztags ein wichtiger Aspekt für mehr soziale Gerechtigkeit in der Bildungs- und Schulpolitik bedeutet. Darum wollen wir diesen Bereich ausfinanzieren.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Der Haushaltsentwurf ist durch die Frage geprägt, wie auch in Zeiten knapper werdender Ressourcen und in Anbetracht der bevorstehenden Schuldenbremse vorbeugende Investitionen in Kinder und Kommunen weiterhin gelingen können.

Die schulische Bildung bildet mit mehr als 15 Milliarden € den größten Einzeletat im Haushaltsentwurf 2013. Ich bin einigermaßen irritiert, Frau Vogt, dass die CDU offensichtlich jetzt den Schulhaushalt als Steinbruch für Einsparvolumina entdeckt hat. Wir werden den Menschen in diesem Land deutlich sagen, wie viel die CDU im Bereich Schule streichen will.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Dass sich die CDU mit diesen Anträgen vom Schulkonsens im Grunde verabschiedet hat, finde ich sehr bedauerlich.

Mit den demografischen Effekten werden wir wichtige bildungspolitische Ziele umsetzen und mit zusätzlichen Ressourcen ausstatten sowie Standardverbesserungen vornehmen, die im Schulkonsens enthalten sind.

Gleichwohl gibt es auch im Schulhaushalt Einsparverpflichtungen. Wir haben etwas mehr als 2 Millionen € bei Förderprogrammen und freiwilligen Leistungen gekürzt. Auch wenn die Kürzungen schmerzhaft sind, halte ich die Einsparungen für vertretbar. Wir haben uns die einzelnen Positionen sehr genau angesehen und abgewägt, was wir uns überhaupt noch leisten können.

Die globale Minderausgabe im Einzelplan 05 liegt im Haushaltsentwurf bei knapp 60 Millionen €. Das

wird für den Schulhaushalt eine große Herausforderung bedeuten. Trotz dieser Rahmenbedingungen gelingt es aber mit dem Haushaltsentwurf, die Schulen in Nordrhein-Westfalen weiter nach vorne zu bringen.

Der Schulkonsens und die Empfehlungen der Bildungskonferenz sowie die Inklusion bilden die Schwerpunkte für die Haushaltsaufstellung 2013. Wir werden die Sekundarschulen und die neuen Gesamtschulen weiter aufbauen.

Das Konzept zur Sicherung einer wohnortnahen Grundschulversorgung wird eingeführt. Der offene Ganztags und der gebundene Ganztags werden weiter ausgebaut. Es werden erhebliche Ressourcen für die Inklusion und den Ausbau des gemeinsamen Unterrichts eingesetzt.

Ich will es noch einmal betonen: Schauen Sie bitte nach Bayern, verehrte Kolleginnen und Kollegen von CDU und FDP. Dort hat die Landesregierung – ebenso wie diese Landesregierung – gesagt: Die Schulträgeraufgabe besteht, wie sie uns vorgegeben ist. Wir sehen nicht, dass es durch unseren Gesetzentwurf dazu kommen wird, dass diese Schulträgeraufgaben ausgeweitet werden. Vor diesem Hintergrund wird die Frage der Konnexität so entschieden werden, wie die Landesregierung das für richtig hält und wie es im Übrigen auch eine CSU/FDP-geführte Regierung in Bayern sieht.

Wir erhöhen die Leitungszeit. Wir stellen Ressourcen für den Ausbildungskonsens bereit. Für all diese Maßnahmen setzen wir annähernd 2.400 Stellen ein. Für die Gymnasien stellen wir vorübergehend 1.000 Überhangstellen zur Verfügung, um den Bedarfsrückgang infolge des Wegfalls des doppelten Abiturjahrgangs in der Bewirtschaftung abzufedern.

Ich will noch einmal ausdrücklich sagen: Für diese Entscheidung gibt es große Anerkennung von der Landeselternschaft Gymnasien, vom Philologen-Verband, von der Rheinischen und von der Westfälischen Direktorenvereinigung. Hier hat die Regierung planvoll gehandelt, weil wir sonst Zwangsversetzungen hätten vornehmen müssen, und das wollten wir nicht.

Meine Damen und Herren, all das, was im Etat steht, sind beträchtliche Aufwendungen, die wir für wichtige bildungspolitische Maßnahmen leisten.

Ich möchte kurz auf die Einsparvorschläge der CDU eingehen. Sie wollen eine globale Minderausgabe bei den Personalausgaben von 24 Millionen € noch im Haushaltsjahr 2013 ausbringen – 24 Millionen €, die Sie als unverbrauchte Demografie abschöpfen wollen. Das entspricht dem Abbau von ungefähr 1.100 Lehrerstellen ab dem 01.08.2013. Bis 2017 rechnen Sie mit einem Einsparvolumen von 470 Millionen €, von denen Sie 170 Millionen € wieder investieren wollen. Das Einsparvolumen entziehen Sie – Zitat – den Berechnungen der Landesregierung.

Sie haben offenbar nicht richtig gelesen. Denn sonst wüssten Sie, dass in dem Gutachten von PwC von einem Zeitraum von 2010 bis 2020 die Rede ist. Sie wollen das Einsparpotenzial aber innerhalb von fünf Jahren abschöpfen. Das nenne ich unseriös.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Und dann tun Sie auch noch so, als wenn das nicht zu Auswirkungen im Bereich der Schulen führen würde. Das ist nicht die Realität.

Auch zum Thema Schulverwaltungsassistenten muss man sich das Konzept wirklich noch einmal genauer angucken. Sie wollen 600 Assistenten für 1,5 Millionen € bezahlen. Wenn es klappen würde, wäre es genial. Aber ich frage mich nur: Wo kommen die Menschen her? Und wie sollen sie angemessen bezahlt werden? Ein Schulverwaltungsassistent verursacht einen Besoldungsaufwand zwischen 30.000 € und 40.000 € pro Jahr. Ihre Rechnung würde dazu führen, dass sie sich mit 5.000 € zufriedengeben müssten. Also, das stimmt vorne und hinten nicht.

Auf die Demografiequote von 1,5 %, die Sie zur Begrenzung der Personalausgaben im Einzelplan 20 ausbringen wollen, kommen Sie jedenfalls nicht. Diese Ersparnis schöpfen Sie ja schon in Ihrem Sanierungskonzept ab. Ihre Idee mit den Schulverwaltungsassistenten gehört also ins Reich der Fantasie. Sie hilft uns bei der Sanierung des Haushaltes überhaupt nicht.

Wenn Sie Stellen abbauen, sagen Sie nicht, was Sie nicht realisieren wollen: die Leitungszeit? Was ist mit der Inklusion? Oder wollen Sie ernsthaft die Vereinbarung zum Schulkonsens aufkündigen, meine Damen und Herren von der CDU?

Gleiches gilt für die Förderprogramme. Auch das wäre schmerzhaft. Das wäre die Ersatzschulfinanzierung, das wäre der offene Ganztags. Auch bei den sächlichen Mitteln würde das zu Einsparungen führen, die wiederum die Reisekosten treffen würden.

Die CDU macht abstrakte Vorschläge – das klingt gut –, Rasenmäher-Vorschläge, die aber, wenn man sie im Schulhaushalt konkret umsetzen würde, zu schweren Beeinträchtigungen der schulischen Arbeit führen würden.

Ich betone noch einmal: Wir haben einen Haushaltsentwurf 2013 für die Schulen, die die Verabredungen des Schulkonsenses und der Bildungskonferenz umsetzt. Es wäre gut, wenn dieser Haushalt eine breite Zustimmung fände. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Vielen Dank, Frau Ministerin Löhrmann. – Weitere Wortmeldungen zum Einzelplan 05 liegen mir nicht vor. Wir sind damit am Ende der Beratung dieses Einzelplanes angelangt. Die **Beschlussfassung** über den Ein-

zelplan wie auch über den damit in Verbindung gestellten CDU-Antrag Drucksache 16/2036 wird gemäß Vereinbarung der Fraktionen **nach 14 Uhr** erfolgen.

Wir treten damit ein in die Beratung von:

Einzelplan 06 Ministerium für Innovation, Wissenschaft und Forschung

Ich verweise auf die Beschlussempfehlung und den Bericht des Haushalts- und Finanzausschusses Drucksache 16/2106.

Ich eröffne die Beratung und erteile für die CDU-Fraktion Herrn Kollegen Dr. Berger, der es offensichtlich gar nicht erwarten kann, hiermit gerne das Wort. Bitte schön, Herr Berger.

Dr. Stefan Berger (CDU): Vielen Dank, Herr Präsident! Wir diskutieren jetzt den Einzelplan 06: Wissenschaft und Forschung. Ich will eingangs festhalten und anerkennen, dass der Haushalt des Einzelplans Wissenschaft und Forschung mit einem Volumen von 7,4 Milliarden € einen historischen Höchststand aufweist.

(Beifall von den GRÜNEN und Nadja Lüders [SPD])

Mit einem Plus von 766 Millionen € ist das in der Tat der höchste Zuwachs beim Einzelplan 06 in der Geschichte Nordrhein-Westfalens. So weit, so gut.

(Beifall von Matthi Bolte [GRÜNE])

Aber das ist auch schon das Ende der guten Nachrichten, denn dieser Haushalt ist nicht Ausdruck eines politisch konsequenten Handelns; er ist nicht geprägt von dem Willen beispielsweise zu einer Innovationsstrategie. Er ist schlicht und ergreifend Ausdruck davon, dass Sie den Problemen hinterherlaufen.

Der doppelte Abiturjahrgang steht vor der Tür. Wir erwarten wiederum, wie im letzten Semester auch schon, weit über 100.000 Studienanfänger zum Wintersemester. Wie viele es genau werden, lässt sich noch nicht sagen. Klar ist wohl allen: Es werden mehr denn je. All diese Studienanfänger treffen hier bei uns in Nordrhein-Westfalen auf denkbar ungünstige Umstände.

Rot-Grün hat konsequente Hilfestellung bisher nicht geleistet. Ein Blick auf die Wohnheimplätze verdeutlicht dies: Ganze 593 werden in Nordrhein-Westfalen gebaut, 593 Wohnheimplätze! In Baden-Württemberg sind es über 3.000. Nordrhein-Westfalen hat, wenn man es weiter betrachtet, das schlechteste Professoren-Studierenden-Verhältnis pro Kopf in Deutschland. In Baden-Württemberg kommen 47 Studierende auf einen Professor, in Bayern kom-

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Wir haben das INA in Lemgo, das erste Fraunhofer-Anwendungszentrum an einer Fachhochschule, das erste in ganz Deutschland! Sie aber sagen, das sei nichts. Reden Sie doch einmal mit den Leuten vor Ort. Sie können Ihnen deutlich mehr erklären und erzählen.

Die Mittel für die Wettbewerbsfähigkeit des Forschungs- und Innovationsstandortes Nordrhein-Westfalen steigen um 7 %. Angesichts des doppelten Abiturjahrgangs und unserer diesbezüglichen Bemühungen ist dies wiederum eine wirklich enorme Leistung.

Also: Bildung, Wissenschaft und Forschung sind die zentralen Bereiche dieser Landesregierung. Das belegt auch dieser Einzelplan wieder. Wir sind gut gerüstet für den doppelten Abiturjahrgang, und ich freue mich schon auf die viele Zeit, die wir morgen haben werden, um diese Debatte dann auch hier im Plenum noch einmal führen zu können.

Eine Frage gibt es, bei der CDU und FDP wirklich helfen könnten: Das ist der Hochschulpakt. Wir gehen davon aus, dass Nordrhein-Westfalen – genauso wie Bayern, genauso wie alle anderen Bundesländer – den Aufwuchs, den wir durch den doppelten Abiturjahrgang haben, gemeinsam mit dem Bund finanziert. Wir trauen dem Bund in diesem Punkt, Sie aber offensichtlich nicht. Deswegen wäre es doch hilfreich, wenn Sie einmal mit Ihren Leuten in der Bundesregierung redeten, damit sie vertragstreu sind und auch in Nordrhein-Westfalen gemeinsam mit uns den Aufwuchs des doppelten Abiturjahrgangs bezahlen, statt vertragsbrüchig zu werden. Ich setze darauf; ich hoffe, dass wir zumindest an diesem Punkt Ihre Unterstützung haben. – Herzlichen Dank.

(Anhaltender lebhafter Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Vizepräsident Daniel Düngel: Vielen Dank, Frau Ministerin Schulze. – Mir liegen jetzt keine weiteren Wortmeldungen zu dieser Einzelplanberatung mehr vor.

Wir kommen zur Abstimmung über den Einzelplan 06. Der Haushalts- und Finanzausschuss empfiehlt hierzu in seiner Beschlussempfehlung, den Einzelplan unverändert anzunehmen. Ich frage, wer dieser Empfehlung Folge leistet. – Das sind die Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen. Wer ist dagegen? – Das sind die Piraten, die CDU und die FDP.

(Zurufe von den PIRATEN)

Enthält sich jemand der Stimme? – Das ist nicht der Fall. Damit ist die **Beschlussempfehlung Drucksache 16/2106 angenommen** und der **Einzelplan 06** in zweiter Lesung **verabschiedet**.

Wir holen dann die **Abstimmung** über den eben beratenen **Einzelplan 05** nach und stimmen in diesem Zusammenhang zuerst über den **Änderungsantrag** der Fraktion der CDU **Drucksache 16/2209** ab. Wer stimmt diesem Änderungsantrag zu? – Das ist die Fraktion der CDU. Wer ist gegen diesen Änderungsantrag? – Das sind die Fraktionen Piraten, SPD und Bündnis 90/Die Grünen. Wer Enthält sich? – Das ist die FDP. Damit ist der Änderungsantrag **abgelehnt**.

Wir stimmen über den Einzelplan 05 ab. Der Haushalts- und Finanzausschuss empfiehlt in seiner Beschlussempfehlung, diesen Einzelplan unverändert anzunehmen. Wer möchte dieser Beschlussempfehlung Folge leisten? – Das sind SPD und Bündnis 90/Die Grünen. Wer ist dagegen? Die Piraten, die CDU und die FDP. – Wer Enthält sich? – Niemand. Damit ist die **Beschlussempfehlung Drucksache 16/2105 angenommen** und der **Einzelplan 05 verabschiedet**.

Wir stimmen dann über den **Antrag** der Fraktion der CDU **Drucksache 16/2036** ab. Die antragstellende Fraktion der CDU hat direkte Abstimmung beantragt. Wir kommen somit zur direkten Abstimmung über den Antrag der CDU. Wer stimmt diesem Antrag zu?

(Jochen Ott [SPD]: Ein Fünftel der CDU! – Unruhe)

– Mir persönlich ist es ein bisschen zu laut. Vielleicht können wir die Lautstärke herunterschrauben.

Die CDU stimmt zu. Wer stimmt gegen den Antrag? – Die Fraktionen der Piraten, der SPD, Bündnis 90/Die Grünen. Wer Enthält sich? – Die FDP. Damit ist der Antrag **abgelehnt**.

Ich rufe auf:

Einzelplan 11 Ministerium für Arbeit, Integration und Soziales

Ich weise auf die Beschlussempfehlung und den Bericht des Haushalts- und Finanzausschusses Drucksache 16/2111 hin und eröffne die Beratung für den

Teilbereich Arbeit und berufliche Weiterbildung

Für die CDU-Fraktion spricht zuerst der Kollege Kerkhoff.

Matthias Kerkhoff (CDU): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Sieben Bundesländer schreiben inzwischen schwarze Zahlen. Hier in Nordrhein-Westfalen sieht es anders aus. 3,5 Milliarden €

